

1. Präambel

Nach der Kommunalwahl 2004 haben SPD und CDU im Bewusstsein ihrer Verantwortung für die Stadt Mülheim an der Ruhr und ihrer Bürgerinnen und Bürger beschlossen, eine sachbezogene Zusammenarbeit mit dem Ziel einer für die Stadtentwicklung verlässlichen Politik einzugehen. Als Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit wurde vereinbart, dass bei den Themen

- Flughafen
- Hartz IV
- Naturfreibad Styrum

an gefassten Beschlüssen festgehalten werden sollte. Beide Parteien haben sich an diese Vereinbarung gehalten.

SPD und CDU stellen fest, dass ihre bisherige Zusammenarbeit für die Stadt vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und demographischen Herausforderungen nachhaltig positive Effekte erzielt hat. Die Themenfelder

- Ruhrbania (u.a. Gründerzentrum, Stadthalle, Camera Obscura)
- Bürgerbeteiligung (u.a. Fortführung und Weiterentwicklung CBE)
- Politische Steuerung und demokratische Kontrolle (u.a. Beteiligungsrichtlinien)
- Soziale Stadt (u.a. Hartz IV-Umsetzung)
- Bildung (u.a. Schulsanierungsprogramm)
- Kinder- und familienfreundliche Stadt (u.a. bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungsangebote)
- Seniorenpolitik (u.a. Neustrukturierung der städtischen Senioreneinrichtungen)
- Sport (u.a. Sanierung von Sportstätten)
- Verkehr (u.a. Optimierung ÖPNV)

Weiterführung der gemeinsamen Themen und Projekte von SPD und CDU

- Flughafen (u.a. interkommunales Gewerbegebiet)
- Konsolidierung der städtischen Finanzen
- Konsequente Aufgabenkritik (u.a. Einrichtung einer Strukturkommission)

wurden im Sinne der Vereinbarung vom 25.11.2004 gemeinsam und erfolgreich angegangen bzw. zum Abschluss gebracht.

Zur Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit bis zum Ende der gegenwärtigen Ratsperiode und im Sinne einer weiteren Stärkung der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt Mülheim an der Ruhr vereinbaren SPD und CDU folgendes:

2. Städtische Finanzen

- 2.1 Die Sanierung der städtischen Finanzen genießt oberste Priorität. SPD und CDU setzen sich daher für eine Verstärkung der Haushaltskonsolidierung auch im Rahmen des neuen NKF-Haushaltes ein.
- 2.2 Zur Reduzierung insbesondere der Personalkosten sind weitere Anstrengungen zu unternehmen.

3. Stadtentwicklung

- 3.1 Beide Parteien werden alle Anstrengungen unternehmen, um
 - den Wirtschaftsstandort Mülheim an der Ruhr weiter zu stärken,
 - kleine und mittelständische Betriebe zu unterstützen und
 - die Ansiedlung neuer Betriebe und Arbeitsplätze zu ermöglichen.
- 3.2 Sie erachten das Stadtentwicklungsprojekt Ruhrbania als entscheidend für die nachhaltige Zukunftsfähigkeit der Stadt. Die Umsetzung erfolgt auf der Grundlage des Siegerentwurfs des städtebaulichen Wettbewerbs zur Ruhrpromenade. Mit dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Ruhrpromenade in 2007 werden SPD und CDU die notwendigen planungsrechtlichen Voraussetzungen

zur Realisierung dieses Projektes schaffen. Von der Verwaltung wird kurzfristig die Vorlage eines aktualisierten Finanzierungskonzeptes erwartet.

- 3.3 SPD und CDU setzen sich für eine Stärkung der Innenstadt und der Altstadt ein, insbesondere durch:
- die Optimierung des Citymanagements im Bereich Leineweberstraße/Schloßstrasse/Wallstraße
 - die Umgestaltung des Hauptbahnhofes (ggf. über Anmietung, soweit bis 30.06.2007 mit der Bahn keine Sanierung vereinbart wurde)
 - die weitere Umsetzung des Masterplans „Nördliche Innenstadt“.
- 3.4 Das Konzept der „Zukunftsschulen im Wohnquartier“ zielt auf eine Integration bestehender Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Grundschulen, weiterführende Schulen, Jugendzentren u.a. als Sozial- und Bildungseinrichtung für Menschen aller Altersklassen. Beide Parteien unterstützen daher die Umsetzung der Machbarkeitsstudie „Zukunftsschule im Wohnquartier am Standort Mülheim-Eppinghofen“. Auf der Grundlage des Beschlusses des Hauptausschusses vom 23.11.2006 werden beide Schulen am Standort Bruchstraße unter Beachtung der unterschiedlichen Konzepte der Schulformen (Haupt- bzw. Grundschule) in Ganztagschulen umgewandelt.

4. Schule / Jugend

- 4.1 Schule und Jugend sind Schwerpunkte der Arbeit bis 2009. Obwohl Schulpolitik Ländersache ist, kann und muss auch die Stadt Mülheim an der Ruhr als Schulträger ihren Beitrag zur Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen leisten.
- 4.2 Der Ausbau der OGS wird angestrebt, muss aber verstärkt unter Bedarfs Gesichtspunkten gesehen werden. Entscheidend ist vor allem auch die Mittel – und langfristige finanzielle Belastung (Personal- und Betriebskosten) sowie die Grundschulentwicklungsplanung. Ein schlechterer als der jetzige Personalschlüssel wird im Hinblick auf die Qualität abgelehnt. Hortgruppen werden un-

Weiterführung der gemeinsamen Themen und Projekte von SPD und CDU

abhängig von ihrer Trägerschaft bedarfsgerecht (Kriterien: Anmeldezahlen, Kinderzahl außerhalb der OGS - Altersgruppen) erhalten. Für beide Einrichtungsarten gilt, dass die Finanzierbarkeit sichergestellt sein muss.

- 4.3 Die Familienzentren sollen gestärkt und nach Auswertung der Erfahrungen weitere eingerichtet werden, soweit eine Finanzierung gesichert ist.
- 4.4 Beide Parteien sind sich darüber einig, dass bei den KITA - Gebühren für die Eltern die Grenzen der finanziellen Belastbarkeit erreicht sind.
- 4.5 Die Sanierung von Schulen ist zügig fortzusetzen. Dabei ist der Weg, die Finanzierung über alternative Modelle wie Öffentlich-Private-Partnerschaften zu realisieren, bei positiven Erfahrungen mit bereits geplanten Vorhaben konsequent weiter zu verfolgen.
- 4.6 Die Vorlage der Grundschulentwicklungsplanung soll Anfang 2007 erfolgen. Nach Bedarfsermittlung sind Schulstandorte aufzugeben; dabei ist der Erhalt der Vielfalt des Grundschulangebotes – insbesondere in konfessioneller Hinsicht – anzustreben.

5. Soziale Stadt

- 5.1 Die Initiative „Soziale Stadt“ gilt Stadt- und Ortsteilen, die infolge sozialräumlicher Segregation davon bedroht sind, ins soziale Abseits abzurutschen. Sie ist die Antwort auf diese Entwicklungen und widmet gerade den Quartieren in Mülheim besondere Aufmerksamkeit, die durch den Strukturwandel stark belastet werden, wie z.B. in Eppinghofen und Styrum. Ihre Leitidee ist es, vorhandene Kräfte zu mobilisieren, um den Prozess des Strukturwandels positiv gestalten zu können. Ziel ist es, in diesen Quartieren eine stabilisierende Entwicklung in Gang zu bringen: Es muss gelingen, dass die Bewohner der Stadtteile Teil der städtischen Gemeinschaft bleiben und dass die Quartiere selbst als Wohn-, Arbeits- und Lebensraum bestehen können.

Weiterführung der gemeinsamen Themen und Projekte von SPD und CDU

- 5.2 Ein wertvolles Instrument auf diesem Weg ist ein Stadtteil- oder Quartiersmanagement. Es bezeichnet ein Bündel komplexer und vielfältiger Aufgaben im Rahmen der Stadtteilentwicklung. Dabei bedeutet das „Managen“ nicht „Entscheiden im Alleingang“ sondern ein Moderieren, Koordinieren und Organisieren im Entwicklungsprozess.

SPD und CDU begrüßen den im Ortsteil Eppinghofen gestarteten Prozess eines Stadtteilmanagements und setzen sich dafür ein, das Projekt zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Nach Auswertung der Erfahrungen soll eine zügige Einrichtung eines Stadtteilmanagements auch für den Ortsteil Styrum erfolgen.

6. Verkehr

- 6.1 SPD und CDU setzen sich dafür ein, dass das Verfahren zur Aufstellung eines Verkehrsentwicklungsplanes für Mülheim an der Ruhr in einem kurzen, überschaubaren Zeitraum zum Abschluss gebracht wird.
- 6.2 Die MVG wird auf der Basis des Bruns-Gutachtens restrukturiert. Weitere Optimierungspotenziale – auch durch regionale Kooperation - werden kontinuierlich erschlossen und umgesetzt.
- 6.3 Der interkommunale Nahverkehrsplan ist zeitnah fortzuschreiben.

7. Kultur

- 7.1 In der ehemaligen Augenheilanstalt der Leonhard-Stinnes-Stiftung werden das Stadtarchiv und die Musikschule auf der Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten Konzeptes zu einem Haus der Stadtgeschichte zusammengeführt.
- 7.2 Die Stadt Mülheim leistet einen sichtbaren Beitrag zum Projekt Europäische Kulturhauptstadt 2010, insbesondere bei den folgenden Projekten:

Weiterführung der gemeinsamen Themen und Projekte von SPD und CDU

- melez
- Theater der Welt
- Internationales Kulturcamp
- Umgestaltung der Gütergleisstrasse zwischen Hauptbahnhof und Ruhr als Fußwander- und Radfahrweg
- Kooperation mit der ungarischen Kulturhauptstadt 2010 Pecs
- Twins 2010

7.3 Nach aktuellem Stand wird die Umorganisation des Kulturbereichs noch einige Monate bis zu einer Entscheidung brauchen. Der Werksausschuss Kulturbetrieb hat am 17.11.2006 einvernehmlich beschlossen, dies in einem mehrstufigen Verfahren abzuarbeiten.

In einem ersten Schritt werden sich die kulturpolitischen Sprecher/innen der im Rat vertretenen Fraktionen in einem interfraktionellen Dialog über inhaltliche Ausrichtung der Mülheimer Kulturarbeit verständigen. In einem weiteren Schritt sollen dann Vertreter/innen der hiesigen Kulturszene sowie Vertreter/innen der Kulturverwaltung hinzugezogen werden, um sich in gemeinsamer Diskussion darüber zu verständigen. Für die gewollten Inhalte soll dann eine unter rechtlich-organisatorischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten optimierte Struktur für den Kulturbereich etabliert werden.

SPD und CDU werden aktiv darauf hinwirken, dass dieser Prozess bis zum 30.06.2007 abgeschlossen wird.

7.4 Der Prozess wird prinzipiell begrüßt, gleichwohl wollen SPD- und CDU-Fraktion aber nach den in den letzten Jahren bereits geführten Diskussionen einen eigenen grundsätzlichen Vorschlag für eine favorisierte Struktur machen:

- Die Theaterabteilung des Kulturbetriebs, das Theater an der Ruhr und der Ringlokschuppen sollten eine gemeinsame institutionelle Plattform für den weiteren Ausbau der Kooperation erhalten. Die konkret noch mit den Beteiligten selbst zu erarbeitende Form darf aber keinesfalls die künstlerischen

Weiterführung der gemeinsamen Themen und Projekte von SPD und CDU

Inhalte und die künstlerische Autonomie einschränken. Die Organisationsform für diese drei Bereiche, deren Arbeit weit über Mülheim hinaus ausstrahlt, wäre dann als **Bereich „Theater“** ein Teil einer künftigen Organisationsstruktur der Kultur in Mülheim.

- Der **Bereich „Einrichtungen“** würde die jetzigen Bereiche / Institute Stadtarchiv, Musikschule (beide zusammen künftig: Haus der Stadtgeschichte), Stadtbücherei (künftig: Medienhaus), Volkshochschule, Begegnungsstätten und Museen umfassen. Sie würden ebenfalls in einer eigenständigen organisatorischen Einheit zusammengefasst. Auch für diesen Bereich sind die Einzelheiten der Gestaltung noch unter rechtlich-organisatorischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erarbeiten.
- Ergänzt wird diese Struktur um eine direkt beim Dezernat IV angesiedelte **Stabsstelle „Ehrenamt im Kulturbereich“**.

Es ist zudem herauszuarbeiten, wie eine Optimierung der dann entstehenden Struktur unter kulturpolitischen, wirtschaftlichen und Steuerungsaspekten erreicht werden kann. Es wird in diesem Zusammenhang vor allem die Frage zu stellen sein, ob diese Struktur ein „gemeinsames Dach“ im Sinne einer Holding braucht, etwa um die positiven Effekte des jetzigen Deckungsringes zu erhalten.

8. Umwelt

- 8.1 Der Eigenbetrieb Grün und Wald wird mit dem Ziel, die Kosten zu reduzieren und zugleich das Erscheinungsbild der Stadt Mülheim mit ihrem hohen Grünflächenanteil zu verbessern bzw. in einem guten Zustand zu erhalten, optimiert. Dabei ist bis zum 31.12.2006 vor allem zu prüfen, ob eine Ausgliederung oder eine Teilausgliederung der Arbeiten, die gegenwärtig von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Mülheimer Grün- und Wald ausgeführt werden, in eine andere Rechtsform Vorteile bietet. SPD und CDU erarbeiten die neue Struktur gemeinsam mit Unterstützung der Verwaltung.

8.2 Beide Parteien lehnen weitere Verkehrsumleitungen aufgrund der Feinstaubproblematik ab, bevor nicht Ergebnisse weiterer wissenschaftlicher Untersuchungen vorliegen. Hierbei ist zukünftig eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Regionalverband Ruhrgebiet anzustreben.

9. Sport

9.1 Unter der Voraussetzung entsprechender Ergebnisse des beauftragten Gutachtens setzen sich SPD und CDU für die Schaffung eines regionalligatauglichen Fußballstadions ein. Dabei gelten folgende Prämissen:

- Sanierung des Ruhrstadions für den Spielbetrieb
- Umbau der Sportanlage Saarner Straße / Heerstraße
- Erhalt des Leichtathletik - Standortes Mintarder Straße
- Gegenfinanzierung mit Verkaufserlösen (u.a. Areal Blötter Weg und Hochfelder Straße)
- keine Beeinträchtigungen des Schulsports

9.2 Bei positivem Ergebnis des Prüfauftrags an die Verwaltung erfolgt eine Umsetzung der Sanierung städtischer Sportanlagen gemäß langfristiger Prioritätenlisten (Teil C) des Mülheimer ImmobilienService im Rahmen von Projekten Öffentlich – Privater – Partnerschaften.

10. Verwaltung / Organisation

10.1 Der Eigenbetrieb ImmobilienService ist zu optimieren, wobei zeitnah zu prüfen ist, ob eine Ausgliederung oder eine Teilausgliederung in eine andere Rechtsform Vorteile bietet.

10.2 Der Ausbau einer noch bürgerfreundlicheren Verwaltung ist anzustreben.

11. Regeln für die Zusammenarbeit

- 11.1 Es wird ein Ausschuss eingerichtet, der eine kontinuierliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit sicherstellen soll. Dieser besteht aus sechs Mitgliedern. Ihm gehören die Parteivorsitzenden, Fraktionsvorsitzenden und die Fraktionsgeschäftsführer an.
- 11.2 Der Ausschuss tagt regelmäßig monatlich und berät alle Fragen von grundsätzlicher Bedeutung. Auf Wunsch eines Partners muss der Ausschuss außerordentlich einberufen werden.
- 11.3 Vor Sitzungen von Ratsausschüssen und vom Rat besetzter Gremien erfolgen Absprachen zwischen den Sprechern von SPD und CDU.
- 11.4 Ratsanträge, die sich aus dieser Vereinbarung ergeben, werden grundsätzlich gemeinsam gestellt.
- 11.5 Grundsätzlich wird nicht mit wechselnden Mehrheiten gearbeitet.

12. Personalia

In Bezug auf die wesentlichen anstehenden Personalentscheidungen besteht Einvernehmen.

Mülheim an der Ruhr, 14.12.2006

Frank Esser
Parteivorsitzender

Dieter Wiechering
Fraktionsvorsitzender

Andreas Schmidt
Parteivorsitzender

Paul Heidrich
Fraktionsvorsitzender